V5

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: GRÜNE JUGEND Dortmund (dort beschlossen am: 20.10.2026)

Titel: **Armut bekämpfen und nicht Arme bekämpfen!**

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND NRW lehnt Bettelverbote und Bettelverbotszonen entschieden ab, auch in Form von Abstandsregelungen zur Außengastronomie wie in Dortmund und Düren. Es darf nicht illegal sein, um das eigene Überleben zu bitten. Wir fordern:

- **Bettelverbote aufheben:** Die Kommunen in NRW, die Bettelverbote oder Verbotszonen erlassen haben, müssen diese aufheben. Neue Verbote und Ausweitungen darf es nicht geben.

- **Stilles Betteln darf nie verboten werden:** Wer niemanden anspricht und niemanden bedrängt, stört nicht die öffentliche Ordnung, sondern macht auf seine Not aufmerksam.

- **Sozialpolitik statt Ordnungspolitik:** Sozialpolitische Maßnahmen müssen Vorrang vor ordnungspolitischen haben. Das Land NRW muss Housing First, Streetwork und aufsuchende Sozialarbeit, niedrigschwellige Suchthilfe, psychiatrischeVersorgung und bezahlbaren Wohnraum ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen.

- **Schnelle und unbürokratische Hilfe:** Es braucht schnelle und unbürokratische Hilfe für Menschen in Not. Sie müssen ohne Hürden und ohne Wartezeit Zugang zu Wohnraum, Existenzsicherung, Gesundheitsversorgung und Suchthilfe erhalten.

- **Niemand darf aufs Betteln angewiesen sein:** Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich auf Landes- und Bundesebene für einen Sozialstaat ein, der Menschen in Not

22 auffängt, bevor sie auf der Straße um Hilfe bitten müssen.

Begründung

Die Version in einfacher Sprache findest du weiter unten.

Begründung:

Dortmund und Düren haben Bettelverbotszonen eingeführt: Im Umkreis von fünf Metern um Außengastronomie ist Betteln verboten, auch stilles Betteln [1][2]. Der Dortmunder Ordnungsdezernent räumte selbst ein, dass auf großen Teilen des Alten Markts kein legales Betteln mehr möglich sein wird [2]. Schon nach geltendem Recht sind solche Verbote kaum zu halten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ein umfassendes Bettelverbot 2021 für unverhältnismäßig erklärt. Menschen in Not muss es erlaubt sein, auf ihre Lage aufmerksam zu machen [3]. Auch das Dortmunder Rechtsamt soll laut Medienberichten erhebliche Bedenken gehabt haben [4].

Verbote lösen nichts, sie verdrängen Armut nur aus dem Stadtbild. Wer Arme vertreibt, bekämpft nicht die Armut, sondern die Armen.

Quellen:
[1] https://verfassungsblog.de/bettelverbote/
[2] https://www.nordstadtblogger.de/bettelverbot-rund-um-aussengastronomie-dortmund-will-das-ordnungsrecht-verschaerfen/
[3] https://www.srf.ch/news/international/klage-von-28-jaehriger-europaeischer-gerichtshof-kippt-bettelverbot-in-genf
[4] https://www.nordstadtblogger.de/dortmunder-bettelverbot-rechtsamt-hatte-bedenken-dezernent-dahmen-setzte-es-durch/

Text in einfacher Sprache:

Die GRÜNE JUGEND NRW ist gegen Bettel-Verbote.

Das gilt auch für Verbots-Zonen.

In Dortmund und Düren darf man nicht in der Nähe von Restaurants und Cafés betteln.

Das finden wir schlecht.

Niemand darf bestraft werden, weil er um Hilfe bittet.

Das fordern wir:

Bettel-Verbote abschaffen

Manche Städte in NRW haben Bettel-Verbote.

Diese Städte müssen die Verbote abschaffen.

Es darf keine neuen Verbote geben.

Stilles Betteln muss erlaubt sein

Manche Menschen sitzen nur still da.

Sie sprechen niemanden an.

Sie bedrängen niemanden.

Sie stören nicht die Ordnung.

Sie zeigen nur: Ich habe Not.

Das darf nie verboten werden.

Hilfe statt Verbote

Soziale Hilfe ist wichtiger als Verbote.

Das Land NRW muss mehr Hilfe bezahlen.

Das Land muss auch die Städte unterstützen.

Schnelle Hilfe ohne viel Papierkram

Menschen in Not brauchen schnell Hilfe.

Sie dürfen nicht lange warten.

Sie sollen keine großen Hürden haben.

Sie sollen schnell eine Wohnung bekommen.

Sie sollen Geld zum Leben bekommen.

Sie sollen Hilfe bei Krankheit bekommen.

Sie sollen Hilfe bei Sucht bekommen.

Niemand soll betteln müssen

Die GRÜNE JUGEND NRW will einen starken Sozial-Staat.

Das gilt im Land und im Bund.

Der Sozial-Staat soll Menschen in Not auffangen.

Er soll helfen, bevor Menschen auf der Straße um Hilfe bitten müssen.